

JA zum Volksentscheid am 22.9., aber keine Illusionen

Am 22. September 2013 findet gleichzeitig mit der Bundestagswahl der Volksentscheid über die kommunalen Stromnetze statt. Deren Konzession wird für viele Jahre neu vergeben. Der Senat hat mit dem schwedischen Staatskonzern Vattenfall ausgehandelt, 25,1% Anteile zu kaufen, und mit diesen Millionen Steuergeldern zu dessen Gewinn beizutragen. Dies beinhaltet den Betrieb des Kohlekraftwerks Moorburg, womit die klimaschädliche CO₂-Produktion auf neue lokale Rekordhöhen steigt. Mit der Abluft werden die Menschen in Wilhelmsburg gesundheitlich belastet und die Erwärmung des Elbwassers durch die Kühlung des KoKW schadet der Flora und Fauna der Elbe erheblich.

Weitere Nachteile werden in einem Aufruf Hamburger Gewerkschafter korrekt aufgeführt:

„Die groß angekündigten Investitionen der Konzerne in Hamburg sind keine Geschenke – sondern Investments mit einer sicheren Rendite von 7,2 – 9 %. Sie werden mit unserem Geld – dem Geld der Bürgerinnen und Bürger der Stadt – getätigt und bezahlt. Die Gewinne hingegen werden an die Konzernzentralen überwiesen.

Vattenfall und EON haben mit dem Abbau von Arbeitsplätzen begonnen. Ihr veraltetes Geschäftsmodell verursacht in der Energiewende hohe Verluste. ... In Schweden sorgt Vattenfall stattdessen für die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke auf 60 Jahre. In Washington und vor dem Bundesverfassungsgericht klagt die Firma auf eine Milliardenentschädigung aus Steuergeldern für die Stilllegung der Schrottreaktoren Krümmel und Brunsbüttel“

Die erzwungene Umsiedlung ganzer Dörfer in der Lausitz für den dortigen ungemein profitablen und schädlichen Braunkohletagebau durch VATTENFALL hätte auch noch aufgeführt werden können.

Wir rufen ebenfalls auf, am 22. September für die Rekommunalisierung der Netze zu stimmen.

Wir wenden uns aber gegen die Illusionen, die in diesem Aufruf verbreitet werden:

„Durch die Rekommunalisierung wird der Aufbau eines Stadtwerkes in Hamburg möglich: Die städtischen Leitungsnetze für Gas, Strom, Wasser, Abwasser und Fernwärme können endlich gemeinsam gemanagt werden. Die Effizienzgewinne ermöglichen eine Modernisierungsoffensive für Hamburgs Infrastrukturen. Sichere und hochwertige Arbeitsplätze bleiben in der Stadt erhalten. Gewinne gehen an den städtischen Haushalt. Die Kunden, insbesondere im Fernwärmesektor, bekommen endlich faire Preise und Konditionen. Planungen und Ergebniszahlen sind nicht länger Staatsgeheimnis – stattdessen werden Transparenz und demokratischer Einfluss für die Bürgerinnen und Bürger möglich. Die Energiewende in Hamburg bekommt endlich den nötigen Schwung.“

Als Arbeiter_in fällt einem dazu vielleicht folgendes ein: Auch bei der HEW hatten wir weder Einfluss auf die Preise noch auf die Arbeitsplatzstruktur. Die wichtige Produktion erneuerbaren Energien beruht bislang auf der Basis von weit unterdurchschnittlichen Löhnen und weitverbreiteter Leiharbeit. „Transparenz und demokratischer Einfluss“, den gibt es dort und auch in den jetzigen städtischen Betrieben nicht, vor allem nicht über Gewinne, wie es im Aufruf anklingt. Stromabschaltungen und „Entmietungen“ werden dadurch auch nicht verhindert.

Auch im Falle von 50,1% der Stimmen für den Volksentscheid bleiben all diese Mängel bestehen. Allerdings wäre der Konzern geschwächt und die Verantwortlichen in HH greifbar. Das ist der einzige, aber hinreichende Grund, dafür zu stimmen. Eine dezentrale Stromproduktion unter möglichst hoher Beteiligung der vom Standort betroffenen Menschen wird im Aufruf nicht einmal erwähnt.

Stimmen wir für den Volksentscheid, aber verlangen wir im Erfolgsfall danach eine vollständige Offenlegung aller Unterlagen, Rückbau des KoKW Moorburg, Abschaltung aller Atomkraftwerke und öffentliche Debatten über die Art des Netzausbaus und die Lohn- und Arbeitsbedingungen in dem neuen kommunalen Betrieb.

Hier der Aufruf:

**“Hamburger Energienetze in die Öffentliche Hand! Volksentscheid am 22.9.2013
Hamburger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unterzeichnen und appellieren:
Volksentscheid UNSER HAMBURG UNSER NETZ am 22. September 2013
unterstützen! Kommunale Daseinsvorsorge demokratisch steuern – Arbeitsplätze
sichern – Gewinne in Hamburg investieren!**

Kurz vor dem Volksentscheid zur Rücknahme der Energienetze in die Öffentliche Hand haben Senat, Handelskammer und ein Teil der Hamburger Parteien ein Bündnis der Angstmacher geschlossen. „Zwei Milliarden neue Schulden“ drohen sie – und das für „ein paar Kabel und Rohre“.

Wir kritisieren die einseitigen Informationen dieser Koalition der Privatisierer. Der Senat versucht totzuschweigen, dass nach seinen Plänen Hamburgs Fernwärmeinfrastruktur – eine der größten in Europa – endgültig privatisiert und auf alle Zeiten dem Vattenfall-Konzern überschrieben wird. Er spricht von Schulden, verschweigt aber die Renditen, die die Konzerne erwirtschaften. Die Hamburgerinnen und Hamburger werden – ebenso wie die Beschäftigten – nicht ernst genommen.

In Wirklichkeit geht es um ein hoch rentables Energieunternehmen mit allen Stufen der Wertschöpfung:

. die Fernwärmeversorgung der Stadt, das Heizsystem für 450 000 Wohnungen, bestehend aus Erzeugung von Strom und Wärme, Verteilnetz und Vertrieb.

Gerade weniger gut gestellte Bürger in den großen Wohnsiedlungen sind von diesem unregulierten Monopol abhängig. Entsprechend erzielt das Fernwärmeunternehmen hohe Gewinne: Der „Ertragswert“ des Unternehmens ist so hoch, dass 2/3 der für die städtischen Energieinfrastrukturen insgesamt geschätzten Kaufsumme von 2 Milliarden auf das Fernwärmesystem entfallen.

. Die Strom- und Gasnetze der Stadt – zentrale Bausteine für die Energiewende. „Wer die Netze besitzt, hat Macht“ – so die Energieexpertin Claudia Kemfert. Und die Netze gelten zu Recht als sicheres Geschäft, die Renditen liegen nach den Vorgaben der Bundesnetzagentur zwischen 7 und 9 Prozent.

Der Senat und die Anti-Koalition spielen falsch...

. Das Gerede über „neue Schulden“ ist – von vielen Experten bestätigt – angesichts der durch Fernwärme und Netzbetrieb erzielten Renditen abwegig. Wäre der Netzkauf wirklich mit 2 Milliarden „neuen Schulden“ verbunden, dann hätte der SPD-Senat schon jetzt „540 Millionen neue Schulden“ zu verantworten. Die Übernahme der städtischen Infrastrukturen kann über Kredite außerhalb des Verwaltungshaushalts finanziert werden. Es wird etwas dauern, aber dann gehören die Energienetze und damit eine wichtige Infrastruktur wieder der Stadt.

Vattenfall und Co. stellen sich gegen die Energiewende

. Die groß angekündigten Investitionen der Konzerne in Hamburg sind keine Geschenke – sondern Investments mit einer sicheren Rendite von 7,2 – 9 %. Sie werden mit unserem Geld – dem Geld der Bürgerinnen und Bürger der Stadt – getätigt und bezahlt. Die Gewinne hingegen werden an die Konzernzentralen überwiesen.

. Vattenfall und Eon haben mit dem Abbau von Arbeitsplätzen begonnen. Ihr veraltetes Geschäftsmodell verursacht in der Energiewende hohe Verluste. Mit dem Kohlekraftwerk Moorburg, das jährlich 9 Mio. Tonnen CO₂ in die Atmosphäre pusten wird, geht in diesen Wochen eine weitere Investitionsruine in Betrieb. Den Wechsel zu erneuerbaren Energien hat der Konzern komplett verschlafen.

. In Schweden sorgt Vattenfall stattdessen für die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke auf 60 Jahre. In Washington und vor dem Bundesverfassungsgericht klagt die Firma auf eine Milliardenentschädigung aus Steuergeldern für die Stilllegung der Schrottreaktoren Krümmel und Brunsbüttel

Die Rekommunalisierung der Energieinfrastrukturen eröffnen die Perspektive für eigene Stadtwerke

Durch die Rekommunalisierung wird der Aufbau eines Stadtwerkes in Hamburg möglich: Die städtischen Leitungsnetze für Gas, Strom, Wasser, Abwasser und Fernwärme können endlich gemeinsam gemanagt werden. Die Effizienzgewinne ermöglichen eine Modernisierungsoffensive für Hamburgs Infrastrukturen. Sichere und hochwertige Arbeitsplätze bleiben in der Stadt erhalten. Gewinne gehen an den städtischen Haushalt. Die Kunden, insbesondere im Fernwärmesektor, bekommen endlich faire Preise und Konditionen. Planungen und Ergebniszahlen sind nicht länger Staatsgeheimnis – stattdessen werden Transparenz und demokratischer Einfluss für die Bürgerinnen und Bürger möglich. Die Energiewende in Hamburg bekommt endlich den nötigen Schwung.

Deshalb fordern wir den Senat auf, die Chance zu nutzen und die Energieinfrastrukturen in städtische Verantwortung zu überführen.

Insbesondere fordern wir den Senat auf, die endgültige Privatisierung der Fernwärme zu unterlassen.